

## ÜBERSICHT

### AUSSENPOLITIK

#### BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

##### (1) **Das deutsch-chinesische Verhältnis im November**

Vier Themen standen während des Berichtszeitraums im Vordergrund, nämlich neue Milliardenabschlüsse zwischen deutschen Firmen, vor allem der Frankfurter Lurgi-Gesellschaft, und der VR China, ferner die Gespräche der Gemischten Wirtschaftskommission, drittens die Aussicht gegenseitiger Besuche auf höchster Ebene und schließlich militärische Aspekte.

a) Die konkreten Geschäftsabschlüsse sind im Außenhandelssteil abgehandelt.

b) Am 13. und 14. November fand im Auswärtigen Amt in Bonn die zweite Tagung der Deutsch-Chinesischen Gemischten Wirtschaftskommission statt. Die Abhaltung solcher Sitzungen war während der Visite des Bundeskanzlers im Oktober 1975 in Peking vereinbart worden. Die erste Sitzung hatte bereits im Oktober 1976 stattgefunden.

Bei der zweiten Tagung standen zwei Gesprächspunkte im Vordergrund, nämlich die Errichtung eines deutschen Handelszentrums in Peking, das wegen der unzureichenden Hotelkapazitäten und wegen der Notwendigkeit, deutsche Firmenvertretungen in China anzusiedeln, nötig geworden sei. Ferner ging es um die Möglichkeit eines "Regierungsabkommens über die Entwicklung der Beziehungen auf wirtschaftlichem, industriellem und technischem Gebiet", das alle jene Fragen regeln soll, welche vom Handelsabkommen zwischen China und der EG nicht berührt sind. Konkrete Projekte wurden nicht besprochen. Die chinesische Seite wies aber darauf hin, daß die deutschen Waren in letzter Zeit zu teuer geworden seien, so daß bei einigen Aufträgen die Konkurrenz bedacht werden mußte. Die deutsche Seite sagte ferner Bemühungen zu, die Exporte Chinas in die Bundesrepublik zu fördern. Vor allem wolle man gerne Rohstoffe abnehmen. Die allgemeine Stimmung ging dahin, daß man mit dem bisherigen Verlauf der beiderseitigen Beziehungen äußerst zufrieden sei.

c) Noch nicht ganz klar ist, ob im Frühjahr 1979 Partei- und Regierungschef Hua Kuo-feng die Bundesrepublik anlässlich einer Europareise besuchen wird oder aber, ob umgekehrt Bundespräsident Scheel vor Ablauf seiner Amtszeit im Jahre 1979 nach Peking reisen wird. Sollte Hua sich zu dem Besuch entschließen, so entfielen wahrscheinlich der Besuch Scheels, da zwei hochrangige gegenseitige Visiten innerhalb eines so kurzen Zeitraums protokollarisch unüblich sind. Gerüchte, daß die Bundesrepublik aus Rücksicht auf Moskauer Empfindlichkeit den Besuch Hua Kuo-fengs hinauszögern, wenn nicht gar verhindern wolle, wurden nicht nur vom Regierungssprecher (die Bundesrepublik sei "ein selbständiger Staat und

entscheide selbst, wen sie einlade"), sondern darüber hinaus auch von Außenminister Genscher höchstpersönlich widerlegt, und zwar anlässlich eines Interviews des Südwestfunks Baden-Baden im Rahmen der "Chinesischen Woche" des Senders. Genscher führte dabei aus, daß Hua Kuo-feng "in der Bundesrepublik zu jeder Zeit willkommen ist. Die Gespräche zwischen den führenden Politikern meines Landes und der Bundesrepublik werden nicht nur dazu beitragen, die Beziehungen zwischen beiden Ländern zu vertiefen, sondern auch das bessere Verständnis beider Seiten über die Auffassung in internationalen Fragen ermöglichen" (zitiert in NCNA, 29.11.78). Im selben Interview wies Genscher darauf hin, daß sich das gute bilaterale Einvernehmen gegen keine dritte Seite wende. Hier war eine Besorgnis angedeutet, die im Bonner Kabinett herrscht. Man weiß dort, daß es gilt, die Bundesrepublik zwischen den Moskauer Sorgen vor einer allzu intensiven Zusammenarbeit zwischen Bonn und Peking und den chinesischen Wünschen nach einer noch engeren Kooperation hindurchzumanövrieren. Immerhin haben in diesem Jahr bereits rund hundert Delegationen aus der Volksrepublik vor allem deutsche Industriebetriebe besucht.

d) Den vor allem von seiten Moskaus gehegten Befürchtungen, die deutsche Wirtschaft könne auch Kernkraftwerke und Waffen an China liefern, ist die Bundesregierung inzwischen entgegengetreten. Sie will nicht nur die Lieferung von Kernkraftwerken verhindern, sondern hat inzwischen auch ihr Waffenexportembargo ("keine Waffenlieferungen in Spannungsgebiete") bestätigt. Dies kann freilich nicht verhindern, daß vor allem die hochbegehrten deutschen Panzerabwehrwaffen Milan und Hot über Frankreich an die Volksrepublik gelangen.

Ferner hat Verteidigungsminister Apel allen Bundeswehrangehörigen ein striktes Chinareiseverbot erteilt. Auch hiermit will die Bundesregierung offensichtlich Moskauer Sorgen dämpfen und andeuten, daß die deutsch-sowjetische Entspannungspolitik durch die so eng gewordene deutsch-chinesische Zusammenarbeit nicht gestört werden soll.

Den schärfsten Kommentar zur "Allianz Bonn-Peking" hat Sender Tirana abgegeben, der allerdings von falschen Tatsachen ausgeht. Wörtlich: "Kürzlich bestellten die chinesischen Sozialimperialisten Panzerabwehrraketen Hot und Milan im Wert von 700 Mio. \$. Der Waffenkauf der chinesischen Revisionisten ist ein Aspekt der immer engeren Zusammenarbeit auch zwischen den Bonner Revanchisten und den chinesischen Sozialimperialisten" (Radio Tirana, deutsch, BPA-Ostinfo, 20.11.78).

##### (2) **Außenhandelsdelegation zu Besuch in der Bundesrepublik**

Eine Delegation des Forschungsinstituts für Internationalen Handel beim Außenhandelsministerium der VR China hat im November die Bundesrepu-

blik besucht und dabei zahlreiche Gespräche in Forschungsinstituten, der Handelskammer und dem Bundeswirtschaftsministerium geführt. Der Direktor dieses Institutes, Shu Tzu-ching, machte gegenüber den deutschen Gesprächspartnern deutlich, daß ein Handelsbilanzausgleich auf der Basis der vorhandenen Außenhandelsstruktur nicht möglich sei. Die VR China könne ihre umfangreichen Kapitalgüterimporte nicht allein mit traditionellen Erzeugnissen wie Textilien, Bekleidung, Nahrungsmitteln etc. bezahlen. Andererseits denke man auch nicht daran, deutsche Geschäftspartner mit unzumutbaren Kompensationsforderungen zu überhäufen. Bei der Finanzierung von Importen aus Deutschland denke die Volksrepublik vor allem an die Lieferung von Erdöl und anderen Rohstoffen. Gegenwärtig, so Shu, belaufe sich die chinesische Erdölförderung auf jährlich etwa 100 Mio.t - davon allein 70 Mio.t in einem Fördergebiet. Im Laufe der achtziger Jahre sollte es der VR China nach Meinung des Direktors jedoch möglich sein, zwischen 200 und 300 Mio.t Erdöl pro Jahr zu exportieren, ohne die Inlandsversorgung zu gefährden. Rd. 30 Mio.t Erdöl stünden dann auch für die Bundesrepublik Deutschland zur Verfügung. Voraussetzung sei allerdings die Erschließung weiterer Vorkommen, wozu ausländische Hilfe benötigt würde. Bei anderen Rohstoffen denken die Chinesen vor allem an Nickel, da sie nach Kanada über die zweitgrößten Vorkommen dieses Rohstoffes auf der Welt verfügen. Aber auch diese müßten erst erschlossen werden. Ähnliches gelte für Bauxit und Asbest. Kohle kommt dagegen nach Meinung von Shu als Gegenlieferung für die Bundesrepublik Deutschland kaum in Frage. Chinesischerseits besteht besonderes Interesse darin, die Anschaffung von Maschinen und Anlagen durch Lieferung der damit erzeugten Produkte zu finanzieren. Diese Form des Verarbeitungshandels (production-sharing) würde nicht nur chinesischen Auslandsfirmen, sondern auch deutschen Unternehmern offenstehen. (BfA/NfA, 3.11.78)

### (3) Chinesische Bergleute an die Ruhr

In etwa einem halben Jahr werden die ersten von 1.000 chinesischen Bergarbeitern zur Fortbildung an der Ruhr erwartet. Gegenwärtig halten sich schon 30 chinesische Bergingenieure bei der Ruhrkohletochter Montanconsulting auf, die an einem großen Bergbauprojekt in China mitwirken soll. Die Chinesen planen, in Bad Godesberg ein ständiges Bergbauverbundbüro einzurichten. Die Montanconsulting soll in der Provinz Hopei im Kohlenrevier östlich von Peking drei Bergwerke errichten. In Essen werden gegenwärtig die gesamten Planungsunterlagen für das Projekt erstellt bis hin zur Beschaffung von Ausrüstung und Material. Ob aus diesen Planungs- und Ausschreibungsunterlagen auch Ausrüstungsaufträge für die deutsche Bergwerksmaschinenindustrie werden, hängt nicht zuletzt von deren Preisen ab. Bei dem Geschäft soll es um etwa 1 Mrd.DM gehen. Mit einem Milliardenauftrag für die Errichtung von Kohlebergwerken in China rechnet auch der saarländische Wirtschaftsminister Klumpp, der in Peking Orientierungsgespräche geführt hat. Dabei wurde ihm ein konkretes Angebot gemacht: Planung, Bau und Ausstattung von fünf Steinkohlegruben nordwestlich von Schanghai. Das Finanzvolumen soll zwischen 2-3 Mrd.DM liegen. (SZ, 7.11.1978; Die Welt, 28.11.1978)

### (4) Bonn will der VR in der Forstwirtschaft helfen

Die Bundesrepublik ist bereit, China beim Aufforsten der öden Steppengebiete im Nordwesten des Landes zu helfen. Vorbesprechungen über diese Zusammenarbeit hat der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Gallus, in Peking geführt. Eine chinesische Expertendlegation soll Anfang 1979 die Bundesrepublik besuchen, im April wird der chinesische Landwirtschaftsminister, Yang Li-kung, nach Deutschland kommen. Das Projekt im Nordwesten Chinas, in der Provinz Kansu, soll "vom Samen bis zum fertigen Möbel" gespannt sein. Die Chinesen wollten sowohl die Methoden der Aufforstung als auch die Verwertung und Holzverarbeitung, einschließlich der Einrichtung ganzer Möbelfabriken, studieren. Vorher sei jedoch eine Untersuchung der Boden- und klimatischen Verhältnisse in der Provinz durch deutsche Experten erforderlich. Gallus erörterte auch eine deutsche Hilfe bei der Errichtung einer "Modellfarm" für Getreide, Mais oder Zuckerrüben in der Inneren Mongolei oder in den Gebieten Nordostchinas. (VWD/NfA, 1.11.78)

### (5) Über Freundschaft zwischen deutschen und chinesischen Wissenschaftlern

Die Kuangming-Tageszeitung vom 19.10. brachte einen Korrespondentenbericht über das Zusammentreffen einer chinesischen Wissenschaftlerin, die vor 42 Jahren in Berlin studiert hatte und 1939 promovierte, mit ihren früheren Kollegen. Die Wissenschaftlerin, Frau He, ist heute stellvertretender Direktor eines Pekinger Physikalischen Institutes der Akademie der Wissenschaften. In Begleitung des stellvertretenden Ministerpräsidenten Fang Yi frischte sie in der Bundesrepublik alte Bekanntschaften auf. Die chinesische Tageszeitung brachte diesen Artikel offensichtlich, um enge freundschaftliche Beziehungen zwischen Wissenschaftlern in Europa und China zu betonen und zu fördern.

## SOWJETUNION UND OSTEUROPA

### (6) Haben die Sowjets Angst vor China?

In einem Gespräch zwischen dem amerikanischen Journalisten Jonathan Power mit dem führenden sowjetischen USA-Beobachter Georgij Arbatow meinte der Befragte, die Sowjetunion selbst sei genügend gerüstet, um es notfalls mit jedem chinesischen Angriff aufnehmen zu können. Jedoch: "Wir haben keine Minderwertigkeitskomplexe, wir fürchten uns nicht vor China, aber man kann auch nicht einfach so ohne weiteres über China hinweggehen. Immerhin hat das Land eine Bevölkerung von beinahe einer Milliarde; es besitzt die größte Armee der Welt und eine Führung, die ständig von der Unvermeidlichkeit des Krieges spricht und die die Entspannung nur als einen Trick zur Täuschung der Menschheit betrachtet. Das muß man ernst nehmen, zumal dann, wenn man, wie wir, mehrere Tausend Kilometer gemeinsamer Grenzen besitzt."

Auf die Frage, ob eine Rüstungsbegrenzung den Sowjets deshalb so willkommen sei, weil sie dann ihre

Aufmerksamkeit von Europa abwenden und sich ganz auf China konzentrieren könne, meinte Arbatow, daß hier kein Zusammenhang bestehe. Die Vorteile, die ein Rüstungskontrollabkommen den Sowjets einbrächte, lägen in der Chance, die wirtschaftliche Entwicklung und die Lösung anderer Probleme in der Sowjetunion zu erleichtern.

Arbatow fügte warnend hinzu, daß die sowjetische Entspannungspolitik gegenüber dem Westen ernsthaft gefährdet werden könnte, falls der Westen zu "einer Art militärischem Verbündeten Chinas" würde. "Wir müßten dann nämlich unser Verhältnis zum Westen überprüfen. Wenn man eine solche Achse auf antisowjetischer Grundlage errichtete, gäbe es keinen Raum mehr für Entspannung. Welchen Sinn hätten für uns denn noch Rüstungskontrollverhandlungen, wenn wir uns auf eine Rüstungsverminderung in Europa einließen und dann der Westen die Rüstung einfach an die Fernostfront verlagerte?" Vielleicht noch schlimmer aber seien die im Falle eines chinesisch-westlichen Militärbündnisses zu befürchtenden Kettenreaktionen eines neuen Wettrüstens, vor allem unter den asiatischen Nachbarländern Chinas.

Power wollte von seinem Gesprächspartner schließlich noch wissen, ob die Lieferung von Harrier-Düsenjägern seitens Großbritanniens an China jene kritische Linie überschritte, jenseits der Entspannungsüberlegungen bei der Sowjetunion aufhören müßten. Arbatow antwortete darauf etwas diplomatisch, daß eine solche Lieferung "der Entspannung zumindest nicht förderlich" wäre. "Aber natürlich ist es schwer, eine genaue Linie zu ziehen, an der quantitative Veränderungen in qualitative umschlagen. Das muß sich aus der politischen Gesamtlage ergeben. Ich unterstreiche, daß der militärische Aspekt sehr wichtig ist. Ebenso wichtig ist die internationale Lage... Keinesfalls jedoch läßt sich Entspannung mit Versuchen vereinbaren, China zu einer Art militärischem Verbündeten der NATO zu machen" (abgedruckt in IHT, 11.11.78).

#### (7) "Freundschaftsverträge" der Sowjetunion mit Vietnam und mit Äthiopien

Am 3. November 1978 kam es in Moskau zur Unterzeichnung eines auf 25 Jahre geschlossenen sowjetisch-vietnamesischen Freundschaftsvertrages, der u.a. eine Beistandsklausel für den Fall enthält, daß einer von beiden Partnern von einer dritten Seite angegriffen wird (Näheres dazu: C.a. November 1978, S.723 ff.).

Teng Hsiao-p'ing nahm zu diesem Vertrag am 8. November während seines Aufenthaltes in Bangkok Stellung. Der Vertrag diene nicht nur der Einkreisung Chinas, sondern gefährde auch Frieden und Sicherheit im gesamten asiatisch-pazifischen Raum. Er sei Bestandteil der sowjetischen Globalstrategie in Asien und werde zugleich auch das hegemoniale Treiben des "asiatischen Kuba" beflügeln. Drei Termini spielten in den Ausführungen Tengs eine hervorragende Rolle, nämlich "Globalhegemonismus" (Sowjetunion!), "Regionalhegemonismus" (Vietnam) und "Kuba des Ostens" (Vietnam) (PRu 1978, Nr.46, S.25).

Am 20. November 1978 brachte die Sowjetunion auch einen "Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit" mit Äthiopien unter Dach und Fach. Es ist bereits der fünfte "Freundschafts- und Zusammenarbeitsvertrag" Moskaus in Afrika. Vorausgegangen waren entsprechende Abmachungen vor allem mit

Äthiopien, Somalia und dem Irak. Die beiden ersteren Verträge sind allerdings in der Zwischenzeit gekündigt worden. In Abs. 4 des sowjetisch-äthiopischen Abkommens heißt es, daß die Vertragspartner "auch künftig alle Anstrengungen zur Verteidigung des Weltfriedens und der Sicherheit der Völker... unternehmen" werden. In Art. 7 steht wiederum eine Beistandsklausel: "Falls Situationen entstehen, die eine Gefahr für den Frieden oder eine Verletzung des Weltfriedens darstellen, werden sich die Hohen Vertragschließenden Seiten bemühen, unverzüglich miteinander Kontakt aufzunehmen, um im Interesse der Beseitigung der entstandenen Gefahr oder der Wiederherstellung des Friedens ihre Standpunkte zu koordinieren." In Art. 10 schließlich heißt es, daß beide Seiten "die Zusammenarbeit auf militärischem Gebiet fortsetzen werden". Der Vertrag ist auf zwanzig Jahre geschlossen.

Peking legt sich hier noch Zurückhaltung auf und spricht noch nicht, wie beim vietnamesisch-sowjetischen Freundschaftsvertrag, von einer "heiligen Allianz großer und kleiner Hegemonisten".

#### (8) Scharfe albanische Angriffe auf China

In einer neuen Attacke gegen China hat der albanische Parteichef Hodscha seinem einstigen chinesischen Verbündeten vorgeworfen, Konflikte in Europa anzuzünden, die zum Dritten Weltkrieg führen sollten. Den Chinesen komme es darauf an, eine Blockbildung gegen den sowjetischen Sozialimperialismus zu schaffen und zu fördern und Provokationen in Europa zu schüren, das Peking gerne als Schauplatz eines dritten Weltkrieges sähe, auf dem die Sowjetunion, die USA und die europäischen Länder aufeinander treffen und einander vernichten sollten, während sich China selbst fern halten könnte.

Den kürzlich unterzeichneten chinesisch-japanischen Friedens- und Freundschaftsvertrag bezeichnete Hodscha als "ein Instrument zur Kriegführung", das offensichtlich gegen die Sowjetunion gerichtet sei.

Mit seinen Reisen nach Rumänien und Jugoslawien habe Hua Vorhaben des 1976 verstorbenen Ministerpräsidenten Chou En-lai und dessen Anhänger ausgeführt. Während Hodscha in diesem Zusammenhang dem jugoslawischen Staatschef Tito Verrat am echten Kommunismus und Unterdrückung der albanischen Minderheit in Jugoslawien vorwarf, vermied er jeden Angriff auf Ceausescu.

Albanien werde künftig versuchen, sich Ländern wie Österreich, Belgien, Frankreich, Holland, der Schweiz und "anderen" Staaten zu nähern (BPA/Ostinfo, 8.11.78).

In einem Artikel der Zeri i Popullit wird auch die Haltung der "chinesischen Sozialimperialisten" gegenüber dem "vietnamesischen Volk" angegriffen. In einem skipetarischen Rundschlag geht der Artikel gleichzeitig gegen die "sowjetischen Sozialimperialisten", die "US-Imperialisten", die "chinesischen Sozialimperialisten" und die "japanischen Militaristen" vor.

Trotz dieser Spannungen aber will Albanien normale Staat-Staat-Beziehungen zu Peking aufrechterhalten.

## NORDAMERIKA

### (9) Chinesisch-amerikanische Wissenschaftler in China

Die Volkszeitung vom 23.9. brachte eine ausführliche Reportage über den "amerikanischen Freund" und Wissenschaftler Han Ting. Auch hier wird deutlich ein amerikanischer Landwirtschaftsspezialist vorgestellt, der als Vorbild für spätere engere Beziehungen zwischen amerikanischen Wissenschaftlern allgemein und besonders solchen chinesischer Abstammung verstanden werden kann.

### (10) Hsinhua zur Sektentragödie in Guayana

Am 18. November berichtete Hsinhua über den Massenselbstmord der "Volkstempel"-Mitglieder in Guayana und gab daraufhin folgende Wertung ab: "Diese Tragödie, die eine amerikanische Gesellschaft traf, welche für ihren hohen Entwicklungsstand im wissenschaftlichen und materiellen Bereich bekannt ist, ist eine typische Widerspiegelung der geistigen Depression, der Hohlheit und der Verzweiflung von Menschen, die unter dem Kapitalismus leben" (SWB, 30.11.78).

## LATEINAMERIKA

### (11) Bald diplomatische Beziehungen mit Kolumbien?

Kolumbien, das bisher noch mit Taipei Beziehungen unterhält, hat erste Schritte unternommen, die auf eine Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Peking hinweisen. Am 3. November wurde die Eröffnung eines Hsinhua-Büros in Bogotá zugelassen (SWB, 7.11.78). Auch sollen in Zukunft Handelsbeziehungen für Halbfertigwaren eingeleitet werden (ebenda).

## AFRIKA UND NAHOST

### (12) Intensivierung der Diplomatie am Horn von Afrika

Mehrere hochrangige Politiker bemühten sich während des Berichtszeitraums um gutes Einvernehmen mit Ägypten, dem Sudan, Somalia und der Türkei. Das Politbüromitglied Ulanfu besuchte Mitte November Ägypten, die Türkei und den Sudan. In Ismailia wurde er von Präsident Sadat empfangen, der zur Freude der Chinesen folgende Erzählung zum besten gab: Die Russen hätten ihm immer klarzumachen versucht, daß ein Angriff gegen Israel über den Suezkanal hinweg nur mit Hilfe von Atombomben gestartet werden könne, und daß auch bei einem solchen Angriff wenigstens mit 4.000 toten ägyptischen Soldaten gerechnet werden müsse. Aber was sollte man in diesem Fall tun, habe Sadat damals gefragt, wo doch der Kanal 180 km lang sei. Die Russen hätten geantwortet: Lassen Sie die Kanalzone

jenseits bombardieren (Gelächter).

In den Veröffentlichungen zu den verschiedenen Gesprächen wird nichts darüber ausgesagt, in welcher Weise die chinesische Seite zu den ägyptisch-israelischen Gesprächen Stellung nahm. In seiner Bankettrede am 15. November allerdings sprach Ulanfu immer nur von der Aggression des israelischen Zionismus und den Hegemonieversuchen der beiden Supermächte, gegen die zu kämpfen das Recht des ägyptischen Volkes sei (SWB, 18.11.78). Der Antihegemonismus war auch das große Thema bei den Besuchen im Sudan sowie in der Türkei (SWB, 22. und 25.11.78).

Der sudaneseische Präsident Noumeri hatte bereits am 2. November eine chinesische Militärdelegation unter Leitung von Ho Cheng-wen, dem stellvertretenden Generalstabschef der VBA, empfangen (NCNA, 2.11.78). Außerdem traf Noumeri bei der 33. UNO-Generalversammlung in New York mit dem chinesischen Außenminister Huang Hua zusammen (NCNA, 29.9.78).

Am 12. November 1978 erinnerte NCNA an die Kündigung des somalisch-chinesischen Vertrags über Freundschaft und Zusammenarbeit. Das einjährige Jubiläum dieses Ereignisses habe die Richtigkeit der damaligen Entscheidung bestätigt. Obwohl Somalia im März 1978 seine Truppen aus der Ogaden-Region zurückgezogen habe, habe die Sowjetunion sich geweigert, ihr Militärpersonal und die "kubanischen Söldner" das gleiche tun zu lassen (NCNA, 12.11.78).

Am 30. November attackierte NCNA die Sowjets und die Kubaner, die in Äthiopien direkt an den Angriffen gegen die Eritrea-Guerillas teilgenommen hätten. Insgesamt seien zwei hohe sowjetische Generale, die die Luftwaffe und die Infanterie vertreten, und 200 Offiziere sowie über 2.000 Kubaner direkt an der Koordinierung der anti-eritreischen Aktion beteiligt gewesen. Dies zeige, daß die Sowjets nicht nur Waffen lieferten, sondern nunmehr auch direkt an den Fronten eingriffen. Auf äthiopischer Seite kämpften inzwischen schon 3.000-4.000 Kubaner.

### (13) China empfiehlt einen Dialog zwischen Uganda und Tansania

Anfang November brach zwischen den Nachbarländern Uganda und Tansania ein Militärkonflikt aus, in dessen Verlauf ugandische Truppen tansanisches Gebiet besetzten.

Hsinhua (NCNA, 9.11.78) rief daraufhin die beiden Streitparteien zu Verhandlungen auf, da sonst wieder einmal der Sowjetunion Gelegenheit gegeben werde, sich einzumischen und "im Trüben zu fischen". Hsinhua sieht sich in diesem Bestreben einig mit der Organisation für afrikanische Staaten (OAU).

Am 12. November meldete NCNA, daß mehrere afrikanische Führer Uganda aufgefordert hätten, seine Truppen bedingungslos und sofort zurückzuziehen. Die Regierung von Mozambique insbesondere habe am 10. November die "Invasion Tansanias durch ugandische Truppen verurteilt und gefordert, daß Uganda sofort alle Truppen zurückziehe". Dieselben Forderungen hätten auch der algerische und der liberische Präsident aufgestellt. Hier wird deutlich, daß China zugunsten des befreundeten Tansania Partei ergriffen hat.

### (14) Iran: Peking favorisiert den Schah

Hsinhua (NCNA, 7.11.78) zitiert die Pars-Nach-

richtenagentur, die sich ihrerseits wieder mit der jüngsten Botschaft des Schahs an das persische Volk befaßt und in welcher der Schah verspricht, daß, so wörtlich Hsinhua, "die früheren Fehler und Korruptionsfälle sich nicht wiederholen werden". Ferner habe der Schah garantiert, daß nach Wiederherstellung des Friedens und der Stabilität freie Wahlen stattfinden könnten und daß es außerdem zum Erlaß einer Verfassung komme. Hsinhua druckt im übrigen auch einen Aufruf des Premierministers Azhari ab, der die religiösen Führer des Landes bewegen sollte, mit der Regierung bei der Wiederherstellung von Gesetz und Ordnung zusammenzuarbeiten.

In einem Bericht von Radio Peking (9.11.78) heißt es ferner, daß die Sowjets in der Zwischenzeit eine ganze Division aus persischsprechenden Soldaten rekrutiert und daß sie diese Streitmacht entlang der Grenze zum Iran in Bereitschaft gestellt hätten. Indirekt ist damit ausgesagt, daß die gegenwärtigen Unruhen den Einmischungsversuchen Moskaus günstig sind.

## ASIEN

### (15) Sand im Getriebe der indisch-chinesischen Wiederversöhnung

An der Grenzfrage, die von Gegnern der indischen Regierung innenpolitisch hochgespielt wurde, scheinen die seit Mitte 1978 aufkeimenden Hoffnungen auf eine baldige indisch-chinesische Wiederversöhnung zu scheitern. Der indische Premierminister Desai sah sich inzwischen bei einer Veranstaltung in Tezpur (Assam) am 2. November veranlaßt, hervorzuheben, daß Indien darauf bestehe, sein an China verlorenes Territorium durch Verhandlungen mit Peking wiederzuerlangen. Daß der indische Außenminister, anders als vorgesehen, die Volksrepublik im November nicht besucht habe, liege daran, daß er krank geworden sei.

Bei einer späteren Veranstaltung am 7. November antwortete er auf die Frage nach den umstrittenen Territorien, daß es kein "give and take" in dieser Frage geben könne. Es müsse in Verhandlungen ein befriedigendes Ergebnis erlangt werden, "sonst können wir keine Freunde werden" (SWB, 8.11.78).

### (16) Kommune der chinesisch-japanischen Freundschaft

Eine Kommune von 3.300 ha, die hauptsächlich Getreide, Obst, Früchte, Milch und Mastenten produziert und, nordwestlich von Peking gelegen, oft das Ziel der Chinabesucher gewesen ist, wurde umbenannt in "Volkskommune der chinesisch-japanischen Freundschaft" aus Anlaß des Vertrages zwischen China und Japan (FBIS, 24.10.78).

### (17) Bestätigung des chinesischen Hilfsversprechens für Kambodscha

Eine hochrangige chinesische Delegation besuchte Anfang November Phnom Penh. JMJP (14.11.78) geht davon aus, daß an der vietnamesisch-kambo-

dchanischen Grenze 4.000 sowjetische Militärberater und 100.000 vietnamesische Soldaten zum Angriff auf Kambodscha im Zuge der herannahenden Trockenzeit angetreten seien. Gleichzeitig bauten die Vietnamesen im inneren Kambodscha sogenannte "Streitkräfte des kambodschanischen Widerstands" auf (NCNA, 18.11.78). Um dieser Doppelstrategie wirksam zu begegnen, will China seine Hilfe für Kambodscha noch erhöhen: Es liefert verstärkt Waffen und baut z.Zt. eine Eisenbahnlinie zwischen Phnom Penh und dem Hafen Kompong Som aus, wo die chinesischen Lieferungen angelandet werden (Näheres Thema: "Südostasien im Brennpunkt" in diesem Heft).

### (18) China und Vietnam weiter denn je von einer Lösung ihrer Probleme entfernt

Auch im Berichtszeitraum kam es wieder zu zahlreichen Zwischenfällen an der gemeinsamen Grenze. Teng Hsiao-p'ing nahm bei seiner Südostasienreise jede sich bietende Gelegenheit wahr, um auf die "regionalhegemonistischen" Absichten Vietnams hinzuweisen (Näheres Thema: "Südostasien im Brennpunkt" in diesem Heft).

## INTERNATIONALE ORGANISATIONEN UND KONFERENZEN

### (19) Erster Chinabericht von Amnesty International

Am 27. November 1978 veröffentlichte die Gefangenen-Hilfsorganisation Amnesty International (ai) in London ihren ersten, 176 Seiten umfassenden Chinabericht, der, wie es hieß, nach mehrjährigen Untersuchungen zusammengestellt und bereits im Juli d.J. über die chinesische Botschaft in Schweden der chinesischen Regierung zur Verfügung gestellt worden war. Peking habe jedoch auf das Angebot, zu den Ergebnissen und Schlußfolgerungen dieses Berichts Stellung zu nehmen, nicht reagiert. Auch vorher seien alle Anfragen und Appelle ohne Antwort geblieben.

In dem Bericht wird der Volksrepublik vorgeworfen, ihre Gesetze und rechtlichen Bestimmungen seien so unscharf formuliert, daß letztlich jede Strafe über den als "Klassenfeind" eingestuften Täter verhängt werden könne. Insbesondere sei die Grenze zwischen kriminellen und politischen Taten im chinesischen Recht nicht klar gezogen, da alle Fälle unter politischen Aspekten betrachtet würden. Es existierten drei Hauptgruppen von politischen Tätern: die Gegenrevolutionäre aus den Jahren vor 1949, die Gegenrevolutionäre, die nach 1949 aufgetreten seien, und die Dissidenten, die sich kritisch zur offiziellen Politik geäußert hätten. Die Massenmobilisierungskampagnen seit den frühen fünfziger Jahren seien dazu benutzt worden, Menschen mit abweichenden Meinungen bloßzustellen und abzuurteilen. In dem Bericht wird das Schicksal von fünf namentlich genannten Delinquenten, die wegen politischer Meinungsäußerung zu langjährigen Haftstrafen verurteilt wurden, im einzelnen dargestellt.

Auch die Untersuchungschaft sei in China prak-

tisch unbegrenzt. Gerichtsverhandlungen begännen normalerweise erst dann, wenn der Beschuldigte seine Taten schriftlich zugegeben habe. Politische Prozesse fänden entweder hinter verschlossenen Türen statt, oder aber die Angeklagten würden in öffentlichen Massenprozessen abgeurteilt, bei denen eine Verteidigung nicht möglich ist. Solche Prozesse seien dann meist reine Formsache. Es gehe nicht um ein justielles Verfahren, sondern um ein bloßes politisches Treffen, an dessen Ende ein Urteil verkündet werde.

Bekannt seien auch Fälle, in denen Dissidenten oder politische Straftäter ohne Verfahren zu Zwangsarbeit oder langjährigem Aufenthalt in Umerziehungslagern verurteilt worden seien. Außerdem gehöre die Volksrepublik zu jenen Ländern, in denen gegen politische Straftäter die Todesstrafe verhängt werde. Der Bericht bringt den Fall eines Delinquenten, der wegen Verteilung eines "konterrevolutionären" Flugblatts im Februar 1978 in Kanton zum Tode verurteilt und unmittelbar darauf hingerichtet worden sei.

In den Lagern und Strafanstalten würden zwar keine körperlichen Folterungen angewandt - diese seien nach chinesischem Recht verboten -, es bestünden aber die unterschiedlichsten Arten des psychischen Drucks gegen Häftlinge und Untersuchungsgefangene. Manchmal reiche in den Lagern die Nahrung nicht aus, und auch die medizinische Versorgung sei schlecht.

Der Bericht von ai kommt insofern etwas spät heraus, als er die jetzige Führung nicht mehr voll treffen kann. Gerade im Zeitalter Teng Hsiao-p'ings läuft ja eine Bewegung der Verrechtlichung und Kodifizierung an, die inzwischen fast Ausmaße einer fünften Modernisierung angenommen hat. Vor allem wurden die Rechtsprechungs-, Volksanwalts- und Sicherheitsorgane wieder reinstitutionalisiert und mit der Vorarbeit zu Gesetzbüchern begonnen, die nunmehr seit fast schon dreißig Jahren ausstehen.

## AUSLÄNDER UND DIE VR CHINA

### (20) Proteste ausländischer Studenten toleriert

Ein afrikanischer Student des Architektur-Instituts der Ch'inghua-Universität in Peking hatte einen chinesischen Kollegen, der mit ihm das Zimmer teilte, verprügelt, nachdem dieser von ihm zum wiederholten Male dabei ertappt worden war, wie er persönliche Unterlagen durchschnüffelte (vgl. AFP, 3.11. und 6.11.). Daraufhin hatten sich ausländische Studenten mit dem Afrikaner, der vier Monate vor seinem Studienabschluß auf Anweisung des Erziehungsministeriums ausgewiesen werden sollte, solidarisiert. Es hatte einen Studentenmarsch vom Peking Fremdsprachen-Institut in das zehn Kilometer entfernt gelegene Ministerium gegeben. Studentenvertreter wurden von einem stellvertretenden Minister empfangen. Als das Ministerium sich nicht geneigt sah, den Forderungen nach Verbleib des Afrikaners nachzugeben, traten die Studenten in Pekinger Universitäten und Hochschulen in den Streik. Der Konflikt wurde dadurch beigelegt, daß der Afrikaner den Universitätsbehörden und seinem chinesischen Kollegen eine Entschuldigung vorlegte, er dafür jedoch nicht ausgewiesen wurde. Auch eine andere Seite des Zusammenlebens zwischen ausländischen

und chinesischen Studenten wurde erstmals offen angesprochen (FBIS, 7.11.78). Es handelt sich um eine Liebesgeschichte zwischen einem Studenten aus Senegal und einer chinesischen Studentin. Dem Afrikaner war die Entfernung aus dem Peking Fremdsprachen-Institut angedroht worden, falls er seine engen Beziehungen fortsetze. Die Tatsache, daß die chinesischen Behörden im Erziehungsbereich bei solchen Angelegenheiten nicht sofort durchgegriffen haben, wie es früher der Fall gewesen wäre, lassen darauf schließen, daß die Bemühungen um "Demokratisierung" der chinesischen Gesellschaft auf allen Ebenen tatsächlich ernst gemeint ist.

### (21) Kontakte zwischen Chinesen und Ausländern

Hongkongs Wen hui-pao (10.10.78) ließ sich in einem Artikel darüber aus, daß in China offiziell der Bann aufgehoben sei, der den Kontakt von Chinesen mit Ausländern betraf. Pekings Bürger können nun Ausländer in ihren Wohnungen aufsuchen und umgekehrt. In dieser Weise sind die Sicherheitsbehörden Chinas angewiesen worden. Damit ist die Schwierigkeit der Anknüpfung von Kontakten in China weitgehend beseitigt worden. Diese Weisung hat auch Auswirkungen auf den Kontakt zwischen Überseechinesen und ihren Angehörigen in China, die teilweise in den zurückliegenden Jahren erheblich verfolgt worden waren.

### (22) Universitäten für Auslandschinesen

Kürzlich wurden in China zwei nach der Kulturrevolution geschlossene Universitäten für Auslandsstudenten wiedereröffnet. Es handelt sich einmal um die Universität für Auslandsstudenten in Ch'üan-chou in der Provinz Fukien, die im wesentlichen eine naturwissenschaftlich-technische Hochschule ist. Sie war 1960 gegründet worden und mußte 1970 ihren Betrieb einstellen. In diesem Jahr hat sie 180 Studenten aufgenommen. Sie sind entweder zurückgekehrte Auslandschinesen oder kommen aus Hong Kong, Macao oder Taiwan. Zum anderen handelt es sich um die Chinan-Universität in Kanton, die nach achtjähriger Unterbrechung ihren Betrieb wieder aufgenommen hat. Sie hat jetzt 730 Studenten zugelassen, sowohl Landsleute aus Hong Kong und Macao als auch Auslandschinesen aus Nordkorea, Kampuchea, Japan, Kanada und anderen Ländern. (JMJP, 3.11.1978; NCNA, 28.10.1978)

### (23) Bank of China akzeptiert Travellerschecks auf Yen-Basis

Die Bank of Tokyo und die Bank of China haben ein Übereinkommen geschlossen, nach dem die chinesische Bank auf Yen ausgestellte Travellerschecks akzeptiert. Dies ist das erste Mal, daß die chinesische Bank Travellerschecks einer fremden Währung annimmt. Damit soll vor allem für die zahlreichen Chinareisenden aus Japan Erleichterung im Zahlungsverkehr geschaffen werden. Von dieser Regelung können aber auch andere Ausländer profitieren, die in die Volksrepublik reisen, wenn sie die Möglichkeit haben, auf Yen ausgestellte Travellerschecks zu erhalten. (The Japan Economic Journal, 14.11.78)

#### (24) Die Intercontinental-Kette soll in China mehrere Hotels errichten

Die Intercontinental Hotel Corporation, eine Tochtergesellschaft der Pan American World Airways, hat mit dem Staatlichen Chinesischen Touristenbüro Luxingsne einen Vertrag über die Errichtung mehrerer Luxushotels unterzeichnet. In einer ersten Phase sollen fünf bis sechs Hotels mit je tausend Zimmern in Peking, Schanghai und Kanton sowie weiteren noch zu bestimmenden Städten entstehen. Der Investitionsaufwand wird auf rund 500 Mio.US\$ geschätzt. Hierfür sollen internationale Mittel eingeworben werden. Sämtliche Kredite werden durch die Bank of China garantiert. Die Intercontinental soll nach Fertigstellung der Bauten auch für das Management der Hotels sorgen und dabei am Gewinn beteiligt sein. Mit den meisten Bauarbeiten wird voraussichtlich die amerikanische Turner Construction Company beauftragt. China stellt Arbeitskräfte und Rohmaterialien, während die Einrichtungen weitgehend aus dem Ausland gekauft werden sollen.

Die Intercontinental-Gruppe, die gegenwärtig 81 Hotels in 48 Ländern, darunter auch in verschiedenen Ostblockstaaten, betreibt, hofft auf einen weiteren Ausbau dieses so kraftvoll eingeleiteten bilateralen Verhältnisses, das durch den internationalen Touristenboom noch gefördert wird (NZZ-Bericht aus New York, 12.11.78).

### INNENPOLITIK

#### (25) Neuer Machtkampf

Seit dem 19. November 1978 mehrten sich Anzeichen, daß eine personelle Umbesetzung in den höchsten Führungspositionen der Partei und Regierung bevorstand. Im wesentlichen handelte es sich um mehr und mehr erfolgreiche Maßnahmen Teng Hsiao-p'ings, diejenigen Mitglieder in der neuen Führung, die seinerzeit mit der Linken Fraktion relativ reibungslos zusammengearbeitet hatten und sich auch nach dem Sturz der Schanghai-Fraktion weiterhin für die Kritik an Teng Hsiao-p'ing einsetzten, abzuservieren. Erste Anzeichen waren die Entfernung Wu Tes aus seinem Posten als Bürgermeister von Peking, ohne daß er jedoch zunächst seine Position im Politbüro verlor. Kurz darauf beschloß das Parteikomitee der Stadt Peking, den sogenannten T'ien-an-men-Zwischenfall, d.h. die Unruhen auf Pekings Paradeplatz im April 1976, die als spontane Trauer um den verstorbenen Ministerpräsidenten Chou En-lai unterdrückt wurden, als "vollständig revolutionär" zu bezeichnen. Im Anschluß an den Zwischenfall hatte mit einem Beschluß des Politbüros Teng Hsiao-p'ing alle seine Posten verloren, und Hua Kuo-feng war als stellvertretender Parteivorsitzender und Ministerpräsident eingesetzt worden (vgl. z.B. NYT, 19., 20., 21. und 22.11.78). Das Parteikomitee Wuhan hielt eine Kundgebung ab, in der dieser Beschluß des Peking Parteikomitees über den Zwischenfall unterstützt wurde. Teng Ken, Bruder von Teng Hsiao-p'ing, ist ein stellvertretender Vorsitzender des Parteikomitees Wuhan. Gleichzeitig tauchten verschiedene Wandzeitungen in Peking und anderen Städten auf, in denen in anderem Zusammenhang Mao Tse-tung persönlich wegen seiner Unterstützung für Chiang Ch'ing und die Linke Schanghai-

Fraktion angegriffen wurde. Mao war es gewesen, der im April 1976 mit seiner Zustimmung für die abermalige Entfernung Teng Hsiao-p'ings das Signal für den "einstimmigen" Beschluß des Politbüros zur Entfernung Teng Hsiao-p'ings gegeben hatte. Aufgrund seiner Meinungsäußerung hatten sich auch die Annahmer der Gemäßigten Fraktion diesem Verdikt notgedrungen anschließen müssen. Alle Zeichen deuteten darauf hin, daß auf einer wichtigen Parteitagung die Umkehrung der Resolution über Teng Hsiao-p'ing beschlossen werden würde, möglicherweise mit einem direkten oder indirekten Hinweis auf einen der "Fehler" Mao Tse-tungs, über die in der letzten Zeit in allgemeiner Weise bereits diskutiert worden war. Diese Debatte dürfte zu weiteren personellen Konsequenzen führen. Gerüchte hatten bereits berichtet, daß auch Ch'en Hsi-lien seinen Posten als Kommandeur des Militärbezirks Peking verloren habe, was von offizieller Seite aber dementiert worden war. Ein Artikel der Volkszeitung vom 20.11.78 polemisierte gegen "Chruschtschow", wobei möglicherweise Wang Tung-hsing, ein weiterer stellvertretender Parteivorsitzender und früherer Kommandeur der Leibgarde Mao Tse-tungs, gemeint war. Teng-nahe linke Hongkonger Zeitschriften hatten vorher bereits Wang Tung-hsing, der u.a. die Redaktion der "Roten Fanne", des theoretischen Parteiorgans, übernommen hatte, gewarnt, sich nicht der Diskussion über den Entmaoisierungsprozeß in dem Parteiorgan zu entziehen. Während überall in den Provinzen und vor allen Dingen innerhalb der Armee die Entmaoisierungsdebatte unter dem Zeichen des Teng-Wahlspruches "Die Wahrheit in den Tatsachen suchen" lief, erschien ein erster Artikel zu diesem Thema erst in der November-Nummer dieser Zeitschrift. Die Situation ist einigermaßen kompliziert für Hua Kuo-feng, da er seinerzeit von der Absetzung Tengs profitierte. Ein Sammelband mit Gedichten über den Tien-an-men-Zwischenfall, der in Peking augenblicklich in den Druck ging, wurde allerdings in letzter Minute mit einem kalligraphischen Titel von Hua versehen, Hinweis darauf, daß Teng Hsiao-p'ing keineswegs die Absicht hat, dem neuen Parteichef zumindest in dieser seiner Funktion ernsthaft Schwierigkeiten zu machen. Diese plötzliche Bewegung in der chinesischen innenpolitischen Szene war begleitet von einem unmißverständlichen Angriff auf die Kulturrevolution durch die Aburteilung führender Roter Garden und Aktivisten wie Nieh Yüan-tzu und Kuai Ta-fu. Weiterhin wurde erstmals Yao Wen-yüans Artikel gegen ein Theaterstück, der seinerzeit die Kulturrevolution auslöste, verurteilt. In einem Artikel T'ung Pi-wus, der von 1957 nachgedruckt wurde, hieß es schließlich unmißverständlich, daß die Zeit für Massenkampagnen zuende sei und an diese Stelle ein abgesichertes Rechtssystem zu treten habe.

#### (26) Neue Bewegung auf der innenpolitischen Szene

In der 2. Novemberhälfte kündigte neue Unruhe auf der innenpolitischen Szene Diskussionen innerhalb der Partei über das Ausmaß und die Methoden der Entmaoisierung, über die Bedeutung des sogenannten T'ien-an-men-Zwischenfalls von 1976, über die grundsätzliche Neuorientierung im sino-marxistischen Wertesystem und die neue nach außen gewendete Politik der Volksrepublik an. In den letzten zwei Monaten war die Entmaoisierungsdiskussion, die unter